

Landrätin Doris Marty, Buochs
Landrätin Verena Bürgi, Dallenwil

Büro des Landrates Nidwalden
Regierungsgebäude
Dorfplatz 2
6370 Stans

6374 Buochs, 6382 Dallenwil, den 23. August 2007

Postulat Familienpolitik im Kanton Nidwalden

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Landrätinnen und Landräte

Die Unterzeichnenden unterbreiten Ihnen gestützt auf Art. 53 des Landratsgesetzes nachstehendes Postulat, und beantragen Ihnen dieses gutzuheissen.

1. Ausgangslage

Der Kanton Nidwalden hat zusammen mit dem Kanton Obwalden eine Kommission eingesetzt, die in den Jahren 2002 bis 2004 ein Inventar der Leistungen der Familien erstellte und ein Familienleitbild erarbeitete. Vorgeschlagen wurden neben einer einheitlichen Tarifgestaltung im familienexternen Betreuungsbereich die Schaffung eines Familiengesetzes, die Schaffung einer Koordinations- und Informationsstelle sowie die Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage für Ergänzungsleistungen an Familien mit unmündigen Kindern. Der Regierungsrat hat im Herbst 2005 vom Familienleitbild Kenntnis genommen und die zuständige Direktion beauftragt, Varianten für die Umsetzung einer Koordinations- und Fachstelle für Familienfragen zu erarbeiten und die Finanzierung von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen detaillierter auszuarbeiten. Das Familienleitbild wurde 2004 in eine breite Vernehmlassung gegeben. Die Reaktionen darauf waren gemischt, von unterstützend bis ablehnend. Seither ist es ruhig geworden. Der Regierungsrat hat bisher keine klare Stellung bezogen. Die Mängel und Bedürfnisse im Bereich Familie sind nach wie vor vorhanden und es besteht immer noch ein grosser Handlungsbedarf. Das Bild der Familie hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Auch in Nidwalden werden neben der traditionellen Familie (Vater – Mutter – Kinder) heute vielfältige Familienformen gelebt. Folgende soziale und gesellschaftliche Veränderungen prägen das familiäre Umfeld:

- Die Werthaltung hat sich geändert.
- Die Familienstrukturen sind nicht klar.
- Die Beziehungsnetze sind grobmaschiger geworden.
- Die Familien sind auf sich selbst gestellt.
- Viele Eltern sind mit den Kindern und deren Erziehung überfordert.
- Als Familie zu leben stellt heute ein Armutsrisiko dar.

Oft haben Eltern auch private Probleme. Finanzielle Engpässe hindern sie daran sich professionelle Hilfe zu suchen. Die Abwärtsspirale dreht sich, und das Sozialamt wird erst dann involviert wenn das Problem bereits eskaliert.

Man kann den „guten alten Zeiten“ nachtrauern oder sich der Realität stellen und nach neuen Lösungen suchen. Zwar werden einige wichtige familienpolitische Massnahmen umgesetzt, doch was fehlt ist eine Gesamtschau.

2. Postulat

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Landrat einen umfassenden Bericht zum aktuellen Stand der Familiensituation im Kanton Nidwalden vorzulegen, sowie die Einsetzung einer Koordinationsstelle für Familienfragen zu prüfen.

Begründung: Eine umfassende Bestandesaufnahme wird zeigen welche Dienste den heutigen Anforderungen entsprechen, was erneuert, ergänzt oder neu geschaffen werden soll und wo Handlungsbedarf angezeigt ist. Familienpolitik muss nicht neu erfunden werden. Folgende inhaltliche Punkte erscheinen uns besonders wichtig:

Beratungsstellen: Genügen die bestehenden kantonalen Beratungsstellen dem heutigen Bedarf in Bezug auf sozialpädagogische Familienbegleitung? Welche Fachstelle nimmt die Koordinationsstelle bei Familienfragen auf? Ist das Beratungsangebot niederschwellig?

Betreuungsangebote: Wie viele Kinderkrippen, Horte, Tageschulen, Familien – Pflegeplätze braucht es und was kostet es?

Soziale Sicherheit: Welche finanzielle Hilfe ist für Familien am effizientesten? Sozialer Wohnungsbau, Steuern, Prämienverbilligungen, Kinderzulagen, Mutterschaftsversicherung oder Mutterschaftsbeihilfe. Wo ist der Kanton gefordert, wo der Bund?

Offene Jugendarbeit: Die Evaluation der offenen Jugendarbeit zeigt auf, dass die Grundlagen für eine umfassende Jugendpolitik in Nidwalden fehlen. Es existiert kein Konzept über Inhalt und Ziel. Auch sind Zuständigkeiten von Gemeinden und Kanton im Bereich offene Jugendarbeit nicht geregelt. (Zitat aus dem Rechenschaftsbericht des Regierungsrates 2006)

Gesetzgebung: Die Gesetzgebung umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Wie wird sie auf die Auswirkung auf Familien überprüft, damit eine ganzheitliche Familienpolitik erfüllt werden kann?

2. Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen, welche familienpolitischen Ziele und Forderungen im Kanton Nidwalden umgesetzt werden können. Mit welchen Prioritäten gedenkt der Regierungsrat die Massnahmen umzusetzen?

Begründung: Die Familie ist die kleinste Grundzelle der Gesellschaft. Kann sie nicht mehr bestehen, ist die Zukunft in all unseren Lebensbereichen gefährdet. Den Leistungen, welche die Familie für die Gesellschaft erbringt, muss Anerkennung und Wertschätzung entgegengebracht werden. Am 8. März 2001 hat der Frauenbund Nidwalden (SKF) eine Petition mit über 1300 Unterschriften für die Erarbeitung eines Familienleitbildes eingereicht. Am 11. November 2003 präsentierten die Co-Präsidentin sowie Mitglieder der vom Regierungsrat eingesetzten Arbeitsgruppe einen ausführlichen Grundlagenbericht und das Leitbild zu Familienpolitik.

Die Mängel im Bereich der Familienpolitik sind nach wie vor vorhanden. Wie gedenkt der Regierungsrat konkret die erkannten Lücken zu schliessen?

Wo sind Verbesserungen im Bereich Familienpolitik vorzunehmen?

Wo setzt der Regierungsrat die Prioritäten und welche Ziele lassen sich aus dem Grundlagenbericht der Arbeitsgruppe umsetzen?

Der Kanton Nidwalden steht finanziell auf guten Beinen. Eine Investition in eine bezahlbare, vernünftige Familienpolitik wird sich nicht nur sozial sondern auch auf die Wirtschaft positiv und unsere Gesellschaft nachhaltig auswirken. Der Kanton Nidwalden ist für Firmen sowie als Wohnort für Familien sehr attraktiv. Beide Bereiche sind sehr stark miteinander verknüpft und brauchen Zukunftsperspektiven. Es ist also nur von Vorteil, wenn der Kanton heute die Weichen stellt und familienpolitischen Bedürfnissen gerecht wird, damit er im Wettbewerb für Firmen und Familien bestehen kann.

Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte,

Wir wollen als familienfreundlicher Kanton dazu beitragen, auch in den nächsten Jahrzehnten mit einer ausgewogenen Altersstruktur wirtschaftlich und gesellschaftlich bestehen zu können. Wir bitten Sie, das Postulat gutzuheissen.

Landrätin Doris Marty – Imhof, Buochs
Landrätin Verena Bürgi – Burri, Dallenwil

Mitunterzeichnende:

Josef Niederberger, Eduard Christen, Viktor Baumgartner, Claudia Amstutz, Markus Wüsch, Hans-Peter Zimmermann, Josef Barmettler, Erich Amstutz, Josef Odermatt, Paul Achermann, Alice Zimmermann, Paul Joller, Hans Christen, Bruno Durrer, Sepp Barmettler, Elisabeth Wigger, Willy Frank, Paul Matter